

# WAHL- PROGRAMM SUCHT PARTEI

Für ein Ende  
der deutschen  
Exportfixierung!

Für ein verant-  
wortungsvolles  
Gesundheits-  
system!

Gut bezahlte  
Arbeitsplätze  
organisieren!

Taking back  
control!  
Ein genossen-  
schaftliches  
Europa

Ein Finanz-  
system im  
Gemeinwohl-  
interesse!



## Meinung entfalten.

Liebe Freunde des modernen Geldes,

wir haben von euch gelernt, dass der Staat nicht pleitegehen kann, wenn ihn seine Notenbank mit ausreichend Geld versorgt. Begrenzender Faktor staatlicher Ausgaben sind allein die realen Ressourcen eines Landes.

Wenn Politiker und die Finanzverwaltung neu denken lernen sollen, nämlich nicht mehr auf die Knappheit des Geldes, sondern auf die Knappheit der realen Ressourcen zu schauen, dann brauchen beide Hilfe von der Forschung, wie man dieses Wissen in der Praxis umsetzen kann. Die föderale Struktur Deutschlands stellt dabei eine besondere Herausforderung dar.

Jeder Kritiker der MMT wird irgendwann die letzte Karte ziehen, nämlich die, dass Politiker nicht beliebig über Geld verfügen dürfen. Man kann dies als undemokratisches Denken zurückweisen, klüger ist es, unsere demokratischen Institutionen auf Basis des MMT-Wissens so weiterzuentwickeln, dass eine Gemeinwohlorientierung staatlichen Handelns gewährleistet ist. Insbesondere in unserem föderalen Staatssystem sind Verteilungsregeln wichtig. Nur so kommt das Geld an der richtigen Stelle an. In der Heimat des Ordoliberalismus hat MMT ohne ein solches Regelsystem ohnehin keine Chance.

### Lasst uns forschen, damit wir in Zukunft forscher sein können!

Die Freiburger Diskurse wollen zu dieser Frage ein Forschungsprojekt initiieren. Wir sind keine Fachleute, wir brauchen deswegen bereits bei der Präzisierung der Fragestellung, bei der Strukturierung des Forschungsteams und bei der Kostenschätzung Unterstützung.

Schreiben Sie uns, wenn Sie Ideen zu diesem Projekt haben. Wenn Sie uns gar bei der Formulierung des Forschungsauftrages helfen können: Das wäre fantastisch.

Freiburger Diskurse e.V.  
Marcus Brian | Heinrich Röder

Kontakt@freiburger-diskurse.de  
0761 – 29656 -600

[www.freiburger-diskurse.de](http://www.freiburger-diskurse.de)

### ● Editorial

Seite 4

### ● Wahl\_Bekenntnisse

Seite 6

### ● Demokratie und Staat

#### Wer Wohlfahrt sagt, muss Staat denken

Liberaler und linker Staatsskepsis ist verfehlt. Weder ist der Staat der Antagonist des freien Bürgers – noch die Normierungsinstant der Gesellschaft. Es ist Zeit, den produktiven Sinn des Sozialstaats wieder stark zu machen.

Dorian Hannig

Seite 8

### ● Geld

#### Der neue Staat-Finanzmarkt-Nexus

Der massive Eingriff der Zentralbanken während der Finanzkrise und der Covid-19-Krise ist kein Ausnahmefall. Ein Zurück zur „Normalität“ ist nicht mehr möglich, dafür sind die globale Ökonomie und das Weltfinanzsystem zu instabil geworden.

Joscha Wullweber

Seite 14

### ● Interview

#### Mit flüssigem Wasserstoff in die Energiewende?

Erleben wir in naher Zukunft eine neue Ära der Mobilität, bei der Schiffe, Züge und Lkw mit grünem Wasserstoff angetrieben werden? Der Chemieingenieur Peter Wasserscheid ist davon überzeugt.

Eve Tsakiridou

Seite 24

### ● Aufgelesen

#### Das Recht als erste Ursache der Ungleichheit

Wie vor jeder Wahl wird wieder über „Steuerbelastungen“ diskutiert. Doch mit dem Streit um bereits gelegte Eier wird man der materiellen Ungleichheit nicht begegnen. Den eigentlichen Skandal zeigt Katharina Pistor: der Bürgerschaft wird die goldene Gans unter dem Deckmantel des Rechts geraubt.

Paul Steinhardt

Seite 28

### ● Wirtschaft

#### Fehlinterpretationen bei der Verteilungsfrage

Bevor etwas zu verteilen ist, muss es produziert werden. Was eine triviale ökonomische Tatsache ist, scheint heute vielen nicht mehr richtig bewusst zu sein.

Heinz-J. Bontrup

Seite 36

### ● THEMA: WAHLPROGRAMM SUCHT PARTEI

#### Geld im Blick

##### Fiskalpolitik im 21. Jahrhundert: Schwarze Null ade.

Die Probleme des 21. Jahrhunderts erfordern eine gänzlich neue Ausrichtung der Fiskalpolitik.

Michael Paetz und Günther Grunert

Seite 48

##### Für ein Sicherheits-Update unseres Geldsystems

Der digitale Euro kann bei richtigem Design unser Geldsystem sicherer machen. Vor allem aber versetzt er den Staat in die Lage, souverän seine Währung zur Steuerung der Volkswirtschaft einzusetzen.

Paul Steinhardt

Seite 56

##### Kommunen in der Corona-Krise: Stärkt die Schulen der Demokratie

Die finanzielle Lage der Kommunen ist angespannt. Die Corona-Krise hat die Situation weiter verschärft. Die „Schulen der Demokratie“ bedürfen dringend einer Finanzreform.

Christian Person

Seite 62

#### Arbeit als Agenda

##### "Exportweltmeister": Titel mit Fluch

Doch das ist kein Grund zum Jubeln, sondern ein Problem – nicht nur für das Ausland, sondern auch für Deutschland selbst. Plädoyer für eine Ausbalancierung der deutschen Ökonomie.

Andreas Nölke

Seite 72

#### EUropa mit Kopf

##### Genossenschaft statt Imperium

Gibt es für „Europa“ Alternativen zu dem, was absehbar passieren wird, wenn nichts passiert? Ein Gelegenheitsfenster für eine Lösung der „europäischen Frage“ existiert.

Wolfgang Streeck

Seite 82

##### Hilfstruppe der USA oder strategische Autonomie?

In der neuen Welt-Un-Ordnung scheitern die Großmachtsträume der EU am strukturellen und ökonomischen Unvermögen. Kooperation und politische Konfliktlösung würden ihr besser stehen.

Peter Wahl

Seite 90

## Umwelt im Sinn

### Ohne Kreislaufwirtschaft keine Zukunft

Wachstum kann vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Die Kreislaufwirtschaft als Teil des Green New Deal ist die Zukunft für die europäischen Volkswirtschaften.

**Robert Matovinović und Albin Kälin**

Seite 98

### Verkehrspolitik: Auf die falsche Karte gesetzt

Die verkehrspolitische Priorisierung des Elektroautos hat nicht nur soziale, sondern auch ökologische Schiefelage. Emissionen und Umweltschäden bleiben unverändert hoch. Eine wirkliche Verkehrswende muss anders aussehen.

**Rainer Fischbach**

Seite 104

### Ökosystem: Vier Krisen, eine Lösung

Klimakrise, Arten- und Höfesterben, ernährungsbedingte Krankheiten - Diese Krisen hängen miteinander zusammen und verstärken sich gegenseitig. Doch genau das bietet Chancen für Lösungen.

**Tanja Busse**

Seite 112

## Gerechtigkeit im Herzen

### Wachstumsbremse für Boomstädte

Ob Mieten, Immobilienpreise, Arbeitslosigkeit oder Pro-Kopf-Einkommen - die Indikatoren zeigen: Deutschland teilt sich in zwei Hälften. In der einen überhitzen die Zentren, die andere blutet aus. Helfen kann nur eine aktive Regionalpolitik.

**Roland Pauli**

Seite 120

### Gesundheitswesen: System der organisierten Verantwortungslosigkeit

Im deutschen Gesundheitswesen gibt es keine einheitliche politische Zuständigkeit für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Grund genug für eine Reform des gesamten Systems.

**Hartmut Reiners**

Seite 126

## Globalisierung im Griff?

### Eine neue Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa

Was müsste in einem Programm stehen, das weder inhaltlich noch sprachlich politische Rücksichten auf alte Dogmen nehmen muss, sondern genau das enthält, was von der Sache her angemessen ist?

**Heiner Flassbeck**

Seite 134

### Warum mit Entwicklungspolitik keine Wahlen zu gewinnen sind

Entwicklungspolitik mag nach »Umweltschutz«, »Fair Trade« und »Frieden« klingen. Doch global gesehen führt sie ins Leere, programmatische Forderungen greifen stets zu kurz. Kapitulationserklärung eines Auslaufmodells.

**Ulrich Menzel**

Seite 140

## Geist & Gesellschaft

### Quo vadis, Konservatismus?

Der Konservatismus steckt in einer Repräsentationskrise, denn er hat sein Profil dem Liberalismus geopfert. Will er zukunftsfähig bleiben, muss er sich neu erfinden. Nur wie?

**Dorian Hannig**

Seite 146

### Spielt der Populismus noch eine Rolle?

Kann eine wirksame Opposition gegen die Herrschaft der linksliberalen Eliten entstehen? Die früheren Formen des Linkspopulismus scheinen jedenfalls Relikte der Vergangenheit zu sein.

**Saagar Enjeti**

Seite 150

## Pro & Contra

### Game Over – oder Ende des Marktregimes

Das CO2-Budget ist aufgebraucht, die Klimakatastrophe nur noch abzuwenden, wenn die Wirtschaft radikal runtergefahren wird. Doch die Politik will davon nichts wissen.

**Ulrich Thielemann**

Seite 158

## Interview

### »Demokratie ist organisierte Unsicherheit«

Postdemokratie? Nein! Unsere Lage sei von der gleichzeitigen Demokratisierung und Ent-Demokratisierung der Demokratie gekennzeichnet, so die These des Politologen Philip Manow.

**Sebastian Müller**

Seite 170

## Genial daneben

### Wer zu viel Geld produziert, produziert Inflation

»Die europäische Geldpolitik ist unverantwortlich«. Der international renommierte Ökonom Prof. Dr. Gabriel Sinnfeld erklärt uns kurz vor seiner Pensionierung, dass eine globale Inflation nicht zu vermeiden ist, weil die Fed und die Europäische Zentralbank inflationäre Politik betreiben.

Seite 174

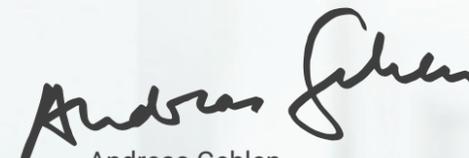
# Wieviel Mensch steckt im Homo oeconomicus?

Als mittelständischer Unternehmer sollte ich FDP wählen, auf die Maximierung meines Profits bedacht sein und möglichst wenig Steuern zahlen, wenn ich der Meinung bin, dass jeder Mensch in erster Linie ein „Homo oeconomicus“ ist. Wie das funktionieren soll, kann ich jeden Tag in jeder beliebigen Zeitung lesen.

Wenn ich mich jedoch dafür interessiere, wie wirtschaftliches Handeln der Mehrheit der Menschen zugute kommt und dabei den Menschen dient und nicht umgekehrt, und wenn ich verstehen will, mit welchen ökonomischen

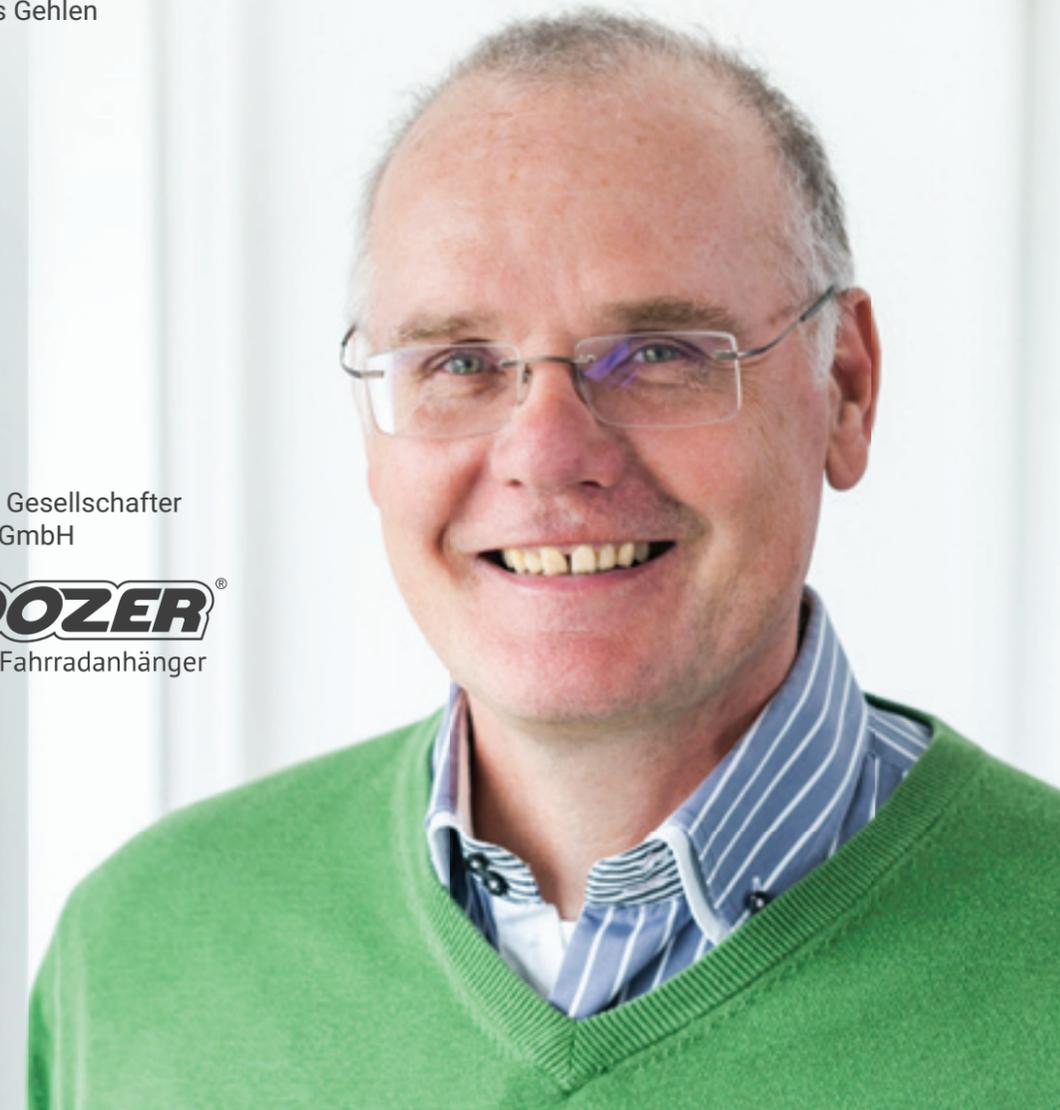
und politischen Konzepten ein solches Ziel erreicht werden kann, dann muss ich die meisten Zeitungen frustriert oder verwirrt zur Seite legen.

Ich unterstütze Makroskop, weil ich glaube, dass Wirtschaft den Menschen zu dienen hat und weil ich den offenen, kontroversen Diskurs schätze, mit dem das Autorenteam von Makroskop volkswirtschaftliche Zusammenhänge diskutiert, die der Empirie standhalten. Makroskop lesen ist für mich echte ökonomische Bildung, auf die ich nicht verzichten möchte.

  
Andreas Gehlen

Gründer und Gesellschafter  
der Croozer GmbH

**CROOZER**<sup>®</sup>  
Der Fahrradanhänger



## Verehrte Leserinnen und Leser

Im deutschen Parteiensystem klafft eine Lücke – eine Repräsentationslücke. Programmatisch lassen die großen Parteien wichtige ökonomische und soziale Fragen ganz außen vor oder bieten »Lösungen«, die bestenfalls an der Oberfläche der Probleme kratzen.

Welche Fragen sind das und welche Antworten müssten sich in den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien finden, haben wir unsere Autoren gefragt. Was diese zu sagen haben, finden Sie im Themenblock dieses Doppelheftes. Ob nun zum Thema »Geld«, »Europa«, »Arbeit«, »Soziales«, »Globalisierung« oder »Umwelt«: Vergleichen Sie die Antworten unserer Autoren mit jenen in den Parteiprogrammen, zeigt sich, dass es keine Partei gibt, die entsprechende Forderungen stellt.

So entstand die Idee zu diesem Heft, so erklärt sich der Titel dieser Ausgabe. Zusammen mit den Freiburger Diskursen haben wir ein eigenes Wahlprogramm verfasst, welches die Antworten unserer Autoren aufnimmt, bündelt und diesem Heft beiliegt. Anders als die Programme der Parteien wurde es nicht durch unzählige Programmkommissionen geschleift, nicht jeder Satz von Spin-Doktoren auf seine PR-Tauglichkeit überprüft oder eine ungeschönte Gegenwartsdiagnostik durch den Reißwolf gezogen.

Natürlich liegt die Frage nahe, warum wir uns diese ganze Arbeit machen, wenn es doch ohnehin niemanden gibt, der willens wäre, unsere Forderungen aufzunehmen, geschweige denn umzusetzen. Sollten wir unseren Leserinnen und Lesern nicht vielmehr eine Entscheidungshilfe für die anstehende Wahl geben, wie sie sich auch in anderen Publikationen finden?

Wir sind der Meinung, dass Sie an MAKROSKOP einen anderen Anspruch stellen. Dass Sie einerseits einen ungeschminkten Blick auf die Realität und andererseits durchdachte Lösungsvorschläge erwarten, die die etablierten Parteien nicht vorlegen können oder wollen. Sie, so sind wir überzeugt, wollen es genauer wissen und glauben, wie wir, dass einiges faul im Staate Deutschland ist. Und Sie sind prinzipiell bereit, Ihren Beitrag dafür zu leisten, dass sich daran etwas ändert.

Mit anderen Worten: Allein für Sie haben wir zusammen mit unseren Freiburger Freunden Heft und Wahlprogramm konzipiert. Wir wollen Ihnen Argumente an die Hand geben, die Sie in Gesellschaft und Parteien hineintragen können, damit sich verändert, was sich unbedingt verändern muss. Schließlich hängt das, was Politiker mit ihrer Macht anfangen, auch von der öffentlichen Meinung ab. Wir wollen Leser für vernünftige politische Ideen gewinnen, denn Leser sind am Ende auch Wähler.

Unsere Slogans auf der Titelseite zeigen bereits, wohin die Reise geht: Wir müssen aufhören, Exportweltmeister sein zu wollen oder den Finanzsektor für seine schädlichen Aktivitäten auch noch zu subventionieren; Daseinsvorsorge dürfen wir nicht länger als Almosen missverstehen; statt mit Bauen, Bauen, Bauen müssen wir Wohnungsnot mit Regionalpolitik begegnen; statt mit der EU die Entdemokratisierung der Mitgliedsländer weiter voranzutreiben, müssen wir den entfesselten Kapitalismus wieder unter staatliche Kontrolle stellen; und statt ökologischer Lippenbekenntnisse müssen wir machbare Projekte sofort auf den Weg bringen.

Wir glauben nicht, dass Sie mit allen unseren Vorschlägen konform gehen werden. Selbst unter den MAKROSKOP-Autoren herrscht natürlich bei vielen Fragen Dissens. So zum Beispiel, ob »Mehr Europa« – verstanden als eine Vertiefung der EU-Integration – eine Lösung oder vielmehr selbst ein Problem ist. Kann eine ökologisch nachhaltige Politik mit Wirtschaftswachstum verträglich sein oder ist im Gegenteil Verzicht notwendig?

An Sie, liebe Leserinnen und Leser, richten wir daher einen Appell: Nehmen Sie sich Zeit, räumen Sie Ihren Kopf frei und reiben Sie sich an unserem parteilosen »Wahlprogramm«. Und dann geben Sie uns, einem Magazin mit einem anderen Blick auf »Wirtschaft«, Ihre Stimme! ●



“

**Jede gute Politik beginnt damit, sich der Wirklichkeit zu stellen.**

Kanzlerkandidatin Annalena Barbock  
in ihrem Buch *Jetzt*

“

**Wir werden aus den Schulden herauswachsen genau wie nach der Finanzkrise.**

Kanzlerkandidat Olaf Scholz

“

**Wir werden in den nächsten Jahren gigantische Summen ausgeben müssen.**

Angela Merkel

“

**Der Staat ist in der Lage, die Herausforderungen des Klimaschutzes zu finanzieren, ohne auf außerordentliche Schulden zurückgreifen zu müssen.**

Eckhardt Rehberg, Chefhaushälter der Unions-Fraktion im Bundestag

“

**Wir können nicht versprechen, dass nach Corona jedes unserer Projekte noch finanzierbar ist.**

Grünes Wahlprogramm zur Bundestagswahl

“

**Aber es ist doch klar, dass man alleine über Sprache nicht Gesellschaft verändert, sondern wir müssen die zugrundeliegenden Probleme ändern.**

Janine Wissler

“

**Ein staatlich verordneter Umbau der Landwirtschaft ist mit der FDP nicht zu machen.**

Gero Hocker,  
landwirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

“

**Man kann auch grüne Politik machen ohne die Grünen.**

Markus Söder

“

**Wir wollen beim Klimaschutz so ambitioniert sein wie kaum ein anderes Land der Welt.**

Markus Söder

“

**Geht nicht, gibt's in Deutschland nicht mehr.**

Kanzlerkandidat Armin Laschet

“

**Das ist eine wahnsinnig junge Truppe. Wir haben das Versprechen eingehalten, dass wir jünger, weiblicher und bunter werden wollen.**

Lars Klingbeil über die SPD-Kandidaten zur Bundestagswahl

# Zentralbankkapitalismus Der neue Staat-Finanzmarkt-Nexus

**Der massive Eingriff der Zentralbanken während der Finanzkrise und der Covid-19-Krise ist kein Ausnahmefall. Ein Zurück zur »Normalität« ist nicht mehr möglich, zu instabil sind die globale Ökonomie und das Weltfinanzsystem geworden.**

● Text: Joscha Wullweber

Am 17. September 2019 wurden die Zentralbanker der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) mit aller Wucht gezwungen, den radikal veränderten Staat-Finanzmarkt-Nexus als neue Normalität anzuerkennen. Binnen weniger Tage entwickelte sich innerhalb des Schattenbankensystems ein Tsunami, den niemand vorhergesehen hatte und der das Potenzial besaß, das globale Finanzsystem zum Einsturz zu bringen.

Grund für diese Panik im Herzen des Finanzsystems war der Versuch der Fed, zehn Jahre nach dem Ende der globalen Finanzkrise wieder zur Vorkrisen-Zentralbankpolitik zurückzukehren. Die Sicherheitsstruktur, die nach der globalen Finanzkrise das Finanzsystem stabilisiert hatte, sollte vom Krisenmodus zurück in den vormals vorherrschenden Normalmodus versetzt werden. Übersehen wurde allerdings, dass ein Zurück zur alten Normalität nicht mehr möglich war, ohne starke Marktturbulenzen zu verursachen. Der sich abzeichnende Zusammenbruch des Finanzsystems konnte nur verhindert werden, indem die Fed innerhalb weniger Tage die neue Konstellation akzeptierte, zum Krisenmodus zurückkehrte und Sicherheitsstrukturen für das Schattenbankensystem reaktivierte.<sup>1</sup>

Das globale Finanzsystem von heute ähnelt dem Finanzsystem vom Ende des 20. Jahrhunderts kaum noch. Denn seit etwa 20 Jahren wird das Schattenbankensystem zunehmend bedeutender und stellt den Kern des Gesamtsystems dar. Inzwischen werden im Schattenbankensystem Wertpapiere im Umfang von mehr als 200 Billionen Dollar pro Jahr umgesetzt, das sind etwa 50 Prozent aller

© crbellette, anizza, ewastudio/123RF.com





# Alternative für Europa

## Genossenschaft statt Imperium

**Gibt es für »Europa« Alternativen zu dem, was absehbar passieren wird, wenn nichts passiert? Ein Gelegenheitsfenster für eine Lösung der »europäischen Frage« gäbe es.**

● Text: Wolfgang Streeck

Das Kräftemessen zwischen neoliberaler Groß- und Einheitsstaaterei und nationalstaatlich-demokratisch-»populistischer« Kleinstaaterei – zwischen gesamteuropäischem Universalismus und nationaleuropäischem Partikularismus – ist steckengeblieben, auf vielfältige Weise eingeflochten in die gegenwärtige, ständig neue Transformationskrise des globalen Kapitalismus. Der antizipatorische Umbau der Europäischen Union in eine »marktkonforme Demokratie« (Angela Merkel), gedacht als regionale Vorwegnahme einer weltweiten Ausschaltung marktunkonformer protektionistischer Politik, hat sich als voreilig erwiesen.

Wer genau hinschaut, wird in der Europäischen Union von heute ein scheiterndes technokratisches Zentralisierungsprojekt aus dem letzten Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts erkennen, das nicht erst seit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Zeit gefallen ist – degeneriert zu einem fragilen Imperium zweier uneiniger Hegemonen, Deutschland und Frankreich. Epochen sind kurz in Krisenzeiten. Auch wegen der Erfahrungen, die viele Menschen mit der gesteigerten Form der Globalisierung in den 1990er Jahren gemacht haben, leben wir heute in einer Welt, die sich fundamental von der unterscheidet, in welcher die Verträge von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997) unterschrieben wurden.

# Cradle to Cradle Ohne Kreislaufwirtschaft keine Zukunft

**Wachstum kann vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Die Kreislaufwirtschaft als Teil des Green New Deal ist die Zukunft für die europäischen Volkswirtschaften.**

● Text: Robert Matovinović und Albin Kälin

Wer hätte sich vor 20 Jahren vorstellen können, dass der Sand zum Bauen heute schon weltweit knapp ist? Laut dem OECD-Bericht zur Ressourcennutzung von 2019<sup>1</sup> wird sich der globale Materialverbrauch zwischen 2011 und 2060 verdoppeln.

Der Erdüberlastungstag, an dem die nachhaltig nutzbaren Ressourcen eines Jahres verbraucht sind, liegt seit Jahren weit vor dem Jahresende (2020 war es der 22. August)<sup>2</sup>, was bedeutet, dass wir mehr verbrauchen, als die Erde wieder selbst erzeugen kann.

Kupfer ist eines der wichtigsten Metalle für die Elektro- und Elektronikindustrie. Der Anteil von Kupfer im Kupfererz in den Abbaugebieten ist seit Anfang des 20. Jahrhunderts von 2% auf heute 0,6% um mehr als das Dreifache gesunken.<sup>3</sup> Das bedeutet, dass für die gleiche Menge Kupfer dreimal mehr Gestein bewegt und Energie eingesetzt werden muss.

Phosphor – ein für alle Lebewesen unersetzbares Element – wird rar, weil große Teile aufgrund von Überdüngung ausgewaschen werden und über Flüsse im Meer landen (wo sie dann zusätzlich noch Umweltkatastrophen auslösen).<sup>4</sup> Hinzu kommt, dass der Verlust von Mutterboden durch Erosion in vielen Ländern der Erde höher ist als die natürliche Regenerationsrate.<sup>5</sup>

Auf internationaler Ebene sichern Staaten wie China ihren Zugang zu Ressourcen seit vielen Jahren. Da kann Europa schon heute nicht mehr mithalten.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist es daher höchste Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, um das Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Das alles sind schon genug Gründe, die lineare Wirtschaftsweise des *take – make – waste* (nehmen – machen – wegwerfen) nicht weiter zu verfolgen, sondern Ressourcen im Wirtschaftskreislauf zu halten. Das lineare Wirtschaften verschwendet nicht nur Ressourcen, es erzeugt auch ein sonst auf der Erde unbekanntes Produkt: Abfall. Abfall, der mehr oder weniger giftig ist und Mensch und Umwelt belastet.

**Das lineare Wirtschaften verschwendet nicht nur Ressourcen, es erzeugt auch ein sonst auf der Erde unbekanntes Produkt: Abfall**